

oö Informiert

Nr. 2, 2021

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz

Unsere Heimat Unsere Freiheit

Interview Seite 2-3 

FPO

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

#Team Freiheit:

**Haimbuchner
präsentiert Liste**

Seite 5

Öffentlicher Verkehr:

**Stadtbahn-
planung läuft**

Seite 7

1. Mai:

**MAN:
Farbe bekennen**

Seite 12



Unsere Heimat.

FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner im Gespräch über die Zukunft unserer Heimat und die Wichtigkeit der bürgerlichen Freiheiten.



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

„
Aus Umfragen wissen wir, dass Einheimische zu Fremden in ihren eigenen Vierteln wurden und ganze Straßenzüge nicht wiedererkennen, weil sich diese innerhalb weniger Jahre zu Zentren zugewanderter Kulturen verwandelt haben.“

» Was bedeutet Heimat für die Freiheitlichen?

Haimbuchner: Heimat ist dort, wo ich mich nicht erklären muss – wo ich so sein kann, wie ich bin. Auf der einen Seite ist Heimat für uns ein Ort: Unser Österreich mit seinen regionalen Verschiedenheiten, den althergebrachten Bräuchen und Traditionen, der Natur und den Menschen. Auf der anderen Seite ist Heimat aber auch ein Gefühl. Ein Gefühl der Vertrautheit, der Geborgenheit und der Freiheit. All diese Kostbarkeiten möchten wir bewahren und sie an unsere nachfolgenden Generationen weitergeben.

» Wodurch ist unsere Heimat bedroht?

Haimbuchner: Etwa durch die jahrzehntelange, ungezügelter Massenzuwanderung, die in der Migrationskrise seit 2015 ihren traurigen Höhepunkt fand und bis heute anhält. Vor allem in den Städten sind die Auswirkungen einer verfehlten Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik für die Menschen täglich spürbar.

» Wie ist das zu erkennen?

Haimbuchner: Aus Umfragen wissen wir, dass Einheimische zu Fremden in ihren eigenen Vierteln wurden und ganze Straßenzüge nicht wiedererkennen, weil sich diese innerhalb weniger Jahre zu Zentren zugewanderter Kulturen verwandelt haben. Steigende Kriminalität, Verunsicherung und Angst sind die Folge. Die Warnung der Freiheitlichen wurden jahrzehntelang ignoriert.

» Warum sind die bürgerlichen Freiheiten so wichtig?

Haimbuchner: Auch wenn sie für die meisten heute selbstverständlich scheinen, wurden die bürgerlichen Freiheitsrechte, die den liberalen Rechtsstaat ausmachen, im 19. Jahrhundert gegen harte Widerstände mit Blut und Tränen erstritten. Es liegt daher in unserer Verantwortung, entsprechend behutsam mit ihnen umzugehen und sie nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

» Welche Rechte sind das etwa?

Haimbuchner: Das Recht, sich jederzeit mit anderen Menschen friedlich versammeln zu können, seine Meinung frei äußern zu dürfen und seinen Unmut über die Regierung kundzutun. All diese Rechte sind in unserer Verfassung verbrieft und bilden die Grundlage für ein freies Österreich.

» Die Freiheit ist das geistige Fundament unserer Heimat. Sie haben wiederholt aufgezeigt, dass diese immer stärker in Bedrängnis gerät und von Seiten der Bundesregierung aktiv attackiert wird...

Haimbuchner: Ja, im Zuge der Maßnahmen gegen Corona ist es zu sehr bedenklichen Entwicklungen gekommen. Corona hat mich persönlich schwer herausgefordert und ich bin dankbar, dass ich den Weg zurück ins Leben antreten durfte. Und dennoch werde ich darauf beharren, dass es für freie Menschen mehr geben muss als das nackte Überleben. Die Menschen wollen Sicherheit und Freiheit. Beides muss in unserer Gesellschaft möglich sein.

Unsere Freiheit.

» Gibt es noch weitere Bedrohungen für unsere Heimat?

Haimbuchner: Unsere Heimat ist jedoch nicht nur von außen bedroht, sondern auch durch Gegner der Freiheit im Inneren. Die Demonstrationsverbote, das Drangsalieren unbescholtener Bürger und der Ausbau des Überwachungsstaates sind Bedrohungen für unsere Freiheit und damit Bedrohungen für unsere Heimat.

Wir Freiheitlichen sind die einzige politische Kraft, die sich diesen inneren und äußeren Gefahren konsequent entgegenstellt.

» Was kann jeder Einzelne tun, um unsere Heimat zu schützen?

Haimbuchner: Die einfachste Art und Weise, zum Schutz unserer Heimat beizutragen, ist: Wählen gehen! Eine starke freiheitliche Kraft in unseren Parlamenten ist der Garant dafür, dass wir Österreicher nicht die Kontrolle darüber verlieren, wie unsere Heimat in Zukunft aussehen wird. Die Verhinderung des UN-Migrationspakts, der nur auf Betreiben der FPÖ gestoppt werden konnte, ist der beste Beweis dafür, dass Wählen wirkt! Darüber hinaus ist es wichtig, Traditionen zu leben sowie Rede- und Meinungsfreiheit überall dort zu verteidigen, wo sie bedroht sind. Das aktive Vorleben unseres Brauchtums ist der Garant dafür, dass es nicht aussterben wird.

„Die einfachste Art und Weise, zum Schutz unserer Heimat beizutragen, ist: Wählen gehen!“

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.





„Fahr sicher heit und morgen!“

Das Infrastrukturressort bietet in Zusammenarbeit mit der AUVA und Fahrschulen ein Moped-Perfektionstraining für mehr Sicherheit im Straßenverkehr an. Konkrete Zielgruppe sind die besonders gefährdeten, jugendlichen Moped-Fahrer. Ziel ist es, endlich die Unfallzahlen zu senken und die jungen Verkehrsteilnehmer fit für die Teilnahme im Verkehr zu machen. „Das Mopedfahren legt vielfach den Grundstein für die spätere Mobilität“, betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Allein 2019 gab es 759 Moped-Unfälle, bei denen 857 Moped-Lenker verunglückten, sechs davon tödlich. Mopeds gehören somit zu den gefährlichsten Verkehrsmitteln. Besonders bei den über 15-Jährigen sind die Mopeds für die hohe Verunglückungsrate ausschlaggebend.

„Für viele Jugendliche ist das Moped der Einstieg in die motorisierte Ver-

kehrswelt. Dennoch ist große Vorsicht geboten. Mopedunfälle von Jugendlichen und deren Ausbildung standen in den letzten Jahren immer wieder im

Fokus unserer Verkehrssicherheitsarbeit“, so Steinkellner.

Inhalt des Trainingspakets ist nicht nur ein Fahrtraining, auch der Umgang mit der Technik und die verkehrsrechtlichen Bestimmungen werden vermittelt. Die jungen Mopedlenker bekommen eine Checkliste an die Hand, mit der sie künftig selbst vor Fahrtantritt die Sicherheit ihres Mopeds überprüfen können.

Mag. Günther Steinkellner, Infrastrukturlandesrat



Blackout: Gemeinden finanziell unterstützen

Auch die Gemeinden sollen für einen etwaigen Blackout gerüstet sein.

Konkret fordert die FPÖ, dass Investitionsprojekte, wie etwa die Sicherstellung einer ausreichenden Trinkwasserversorgung, Stromaggregate sowie die Struktur der Feuerwehren für den Krisenfall aus dem

Kommunalinvestitionsgesetz 2020 gefördert werden sollen. FPÖ-Sicherheitssprecher, LAbg. Alexander Nerat: „Die Blackout-Gefahr ist real. Daher müssen Anreize für die Gemeinden zur notwendigen Vorsorge geschaffen werden.“

Die Landeswahlliste im Überblick:

- Platz 1:** Landeshauptmann-Stv. **Mag. Dr. Manfred Haimbuchner**, Steinhaus b. Wels (Bezirk Wels-Land), geb. 1978
Platz 2: LR **Mag. Günther Steinkellner**, Leonding (Bezirk Linz-Land), geb. 1962
Platz 3: KO LAbg. Vzbgm. **Ing. Herwig Mahr**, Traun (Bezirk Linz-Land), geb. 1959,
Platz 4: NAbg. GV **Rosa Ecker**, MBA Saxen (Bezirk Perg), geb. 1969
Platz 5: LAbg. GV **Sabine Binder**, Wallern/Trattnach (Bezirk Grieskirchen), geb. 1971
Platz 6: LR KommRat **Ing. Wolfgang Klinger**, Gaspoltshofen (Bezirk Grieskirchen), geb. 1959
Platz 7: LAbg. **David Schießl**, Burghkirchen (Bezirk Braunau), geb. 1972
Platz 8: LAbg. Vzbgm. **Michael Gruber**, Pettenbach (Bezirk Kirchdorf), geb. 1976
Platz 9: LAbg. GV **Peter Handlos**, Tragwein (Bezirk Freistadt), geb. 1974
Platz 10: GV **Stefanie Hofmann**, Klaffer (Bezirk Rohrbach), geb. 1994

Unser #TeamFreiheit für die Landtagswahl!

Die FPÖ OÖ hat seit Beginn der 2010er-Jahre einen beispiellosen Aufstieg erlebt, der 2015 in einer Koalitionsbeteiligung gipfelte. Die freiheitlichen Landesräte, Abgeordneten und Mitarbeiter haben alles dafür getan, diesem Wählerauftrag gerecht zu werden. In einer Pressekonferenz stellten Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Klubobmann Ing. Herwig Mahr nun die Mannschaft für die Landtagswahl im Herbst vor.

Heimat, Leistung, Sicherheit – das sind die Themen, für die die FPÖ Oberösterreich steht. Dabei geht es darum, ohne ideologische Scheuklappen zu agieren, sondern nahe an den Menschen und ihren Problemen zu sein und eine daraus abgeleitete Politik mit Hausverstand zu betreiben. Es geht um ein Miteinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, darum, Wirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen, und die heimischen Traditionen zu erhalten und gleichzeitig offen für Neues zu sein.

Doch über allem steht als wichtigste Klammer die Freiheit. Sie ist nicht nur das Alleinstellungsmerkmal der FPÖ, sondern auch ihr grundlegendster politischer Auftrag. Dazu gehören die elementaren Rechte, sich jederzeit mit anderen Menschen friedlich versammeln zu können, seine Meinung frei zu äußern und seinen Unmut über die Regierung kundtun zu dürfen. Durch die zahlreichen Einschränkungen der letzten Mo-

nate kommt dieses wertvolle Fundament unserer Heimat zusehends in Bedrängnis und wird von der Bundesregierung aktiv ausgehöhlt. Die Freiheitlichen setzen sich daher dafür ein, die Bürger- und Grundrechte wieder zu stärken und sie nicht den Allmachtsphantasien der Bun-

desregierung zum Opfer fallen zu lassen. Die Menschen sollen ein freies und selbstbestimmtes Leben führen können.

Mit diesen Themen tritt die Freiheitliche Partei in Oberösterreich zu Landtagswahl im Herbst an. Das #TeamFreiheit verfügt über viel Erfahrung, hohe Motivation und Leidenschaft, die Heimat zu gestalten und die Bürger zu unterstützen. Gerade die Krise verlangt nach Mut, neue politische Lösungskonzepte zu erdenken und anzuwenden.





European Wilderness Society CC BY-NC-ND 4.0

Nationalpark Kalkalpen:

LRH-Prüfergebnis durchaus positiv

Der Oö. Landesrechnungshof hat die Strukturen des Nationalparks Kalkalpen geprüft. Dieser wurde im Jahr 1997 von Bund und Land Oberösterreich gegründet und ist inzwischen Europaschutzgebiet und UNESCO-Weltnaturerbe. Er umfasst 20.850 Hektar und besteht größtenteils aus Waldflächen.

Für den Betrieb wurde die Nationalpark Oö. Kalkalpen GmbH geschaffen. Bei der Prüfung wurden unter anderem deren Aufgaben und Geschäftsfelder, die Finanzierung sowie die Wahrnehmung der Steuerung und Aufsicht untersucht. Das Ergebnis ist durchaus positiv ausgefallen, zeigt aber auch vereinzelt Problemfelder auf. Dem Land Oberösterreich wurde für seine aufsichtsrechtliche Tätigkeit ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Die Empfehlungen im Bereich Naturschutz – im Zuständigkeitsbereich von Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner – befinden sich bereits in Umsetzung oder wurden bereits umgesetzt.

Gemäß Bericht besteht punkto Managements und Finanzierung Handlungsbedarf. LAbg. Michael Gruber: „Ziel muss eine langfristige organisatorische und finanzielle Konsolidierung der Nationalpark-Gesellschaft sein.“ Die FPÖ stehe einer allfälligen Erweiterung des Parks davor kritisch gegenüber.

Wasser:

Unverzichtbar für unser Leben

„Wasser ist wichtig für unser Zuhause und unser Familienleben, unseren Lebensunterhalt, unsere kulturellen Praktiken, unser Wohlbefinden, unsere Natur. Wasser ist für unser Leben unverzichtbar“, so Wasser-Landesrat KommRat Ing. Wolfgang Klinger anlässlich des Welt-Wassertages am 22. März.

„Deshalb arbeiten wir tagtäglich daran, die hohe Wasserqualität und die Versorgungssicherheit in Oberösterreich sicherzustellen. Aber wir bändigen das Wasser auch dort, wo seine Urkraft unsere Sicherheit bedroht“, so Klinger.

Die Versorgungsstruktur in Oberösterreich sei sehr heterogen, sie reicht von Hausbrunnen und –quellen über Gemeinschaften, Wassergenossenschaften, Gemeindeversorgungsanlagen und Wasserverbänden bis hin zu (in mehrheitlich öffentlichen Besitz befindlichen) ausgelagerten Wasserversorgungsunternehmen. Oft findet sich auch in einer Gemeinde eine bunte Mischung aus

diesen Versorgungsformen, jeweils mit ihren Vor- aber auch Nachteilen und Problemen.

Oberösterreich gilt zu Recht auch als Land der Seen. Es bietet eine Vielzahl von natürlichen und naturnahen Badestellen – und das nicht nur an den großen Seen des Salzkammergutes. „Die meist ausgezeichnete Badewasserqualität war früher nicht immer selbstverständlich. Die Gewässeraufsicht kontrolliert nicht nur den ökologischen Zustand der Gewässer, sondern auch die hygienische Badeignung regelmäßig“, so Klinger.



Ing. Wolfgang Klinger
Sicherheitslandesrat



Land ÖÖ/Lisa Schaffner



Mag. Günther Steinkellner, Infrastrukturlandesrat

Das „Go“ für ein starkes Linz

Mit einer verbindlichen Absichtserklärung haben sich der Bund, das Land Österreich und die Landeshauptstadt Linz auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, das den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Linz entscheidend voranbringen wird. „Nun können konkrete Schritte für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs erfolgen. Das ermöglicht eine einfache, generationsübergreifende, klimafreundlichere Verkehrsanbindung für die Pendler, Schüler sowie Freizeitreisenden zu ihren Arbeitsplätzen, Ausbildungsstätten und sonstigen Zielen in der Stadt“, so Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner.

Die Planungen zum Projekt Stadtbahnausbau laufen auch trotz Corona-Krise auf Hochtouren. Mit zwei neuen Schnellbahnlinien sollen die Linzer Regionen stärker an den Stadtraum angebunden werden. Zwei neue, innerstädtische O-Bus Linien und die Einführung eines ‚Klimatickets‘ werden wichtige Maßnahmen sein, um die Bevölkerung in ihren wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen zu unterstützen und eine umweltfreundliche Mobilität anzubieten.

Steinkellner zeigte sich zufrieden: „Mit viel Engagement und Herzblut auf Seiten der Fachbeamten, aber auch auf politischer Ebene konnte die Einigung zur Umsetzung des Stadtbahnkonzepts besiegelt werden. Für die kommenden Jahre liegt ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor uns. Bei den zahlreichen

Agenden wird es ebenfalls der Mithilfe der Bevölkerung bedürfen, um einen möglichst schnellen Projektfortschritt gewährleisten zu können.“

Nach der jetzt vollständig besiegelten Übereinkunft aller Projektpartner, wird es weitere rechtliche und planerische Schritte geben. Zuerst wird die notwendige Finanzierungsvereinbarung über die nächsten Planungsschritte vorbereitet. Nach der dann folgenden politischen Beschlussfassung werden so die finanziellen Rahmenbedingungen für die Planungsvergaben im Sommer geschaffen.

Investitionsoffensive

Mit dem Österreich Plan soll ein 1,2-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket das Land wieder stark machen. Rund

449 Millionen Euro davon werden für eine leistungsfähige und ressourcenschonende Infrastruktur bereitgestellt. Von diesen Mitteln werden von Seiten des Landes 230 Millionen Euro in die „ÖÖ Regional-Stadtbahn“ investiert. Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner sieht in diesem Infrastrukturprojekt Signalwirkung für das Land: „Österreich und die freiheitliche Ressortverantwortung sind starke Triebfedern für nachhaltige und zukunftsgerichtete Mobilität in diesem Land. Die Fertigstellung der Linzer Eisenbahnbrücke ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel. Es ist deshalb nun notwendig, die positive Dynamik dieses Erfolgs zu nutzen und Österreich zum Motor für neue Lösungen in allen Fragen von Mobilität, Energie und Industrie zu positionieren.“

Integration:

 Grüne Brille und traurige Wirklichkeit

Mit Realitätsverweigerung können Fehlentwicklungen auf der Großbaustelle Integration nicht beschönigt werden. Der Landesrechnungshof berichtet von fehlenden Strukturen, unzureichenden Kontrollen und hohen Ausgaben im Integrationsbereich im Bericht „Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in OÖ“.

Der Landesrechnungshof (LRH) kritisiert darin unter anderem, dass es bei teuren Integrationsmaßnahmen für sogenannte Flüchtlinge etwa keine wirkliche Erfolgsmessung gibt. Stattdessen bestehen offenbar bei der Prüfung der Verwendungsnachweise nach Abschluss der jeweiligen Fördervorhaben teils jahrelange Rückstände. Dazu meint FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Integration kann nur funktionieren, wenn klare Vorgaben und Ziele definiert sind. Mit dem neuen Integrationsleitbild haben wir dafür einen soliden Grundstein gelegt. Darüber hinaus ist LR Kainerder aber bis heute säumig.“

Von 2015 bis 2019 betrugen die Ausgaben des Landes für Integrationshilfe 37,9 Mio. Euro. Regelmäßig wurde das veranschlagte Budget unterschritten, insgesamt in den fünf Jahren um 6,1 Mio. Euro. „Diese jahrelangen Minder-

mangelhafte Organisation im Integrationsbereich“, unterstreicht Mahr. Die durchideologisierte und geheuchelt humanistische Politik der Grünen ist jedenfalls dafür verantwortlich, dass der Landes-Masterplan Integration mit seinen Rahmenvorgaben für Integrationsarbeit und seinen konkreten Zielen nicht ausreichend wirksam scheint.

Der LRH stellt fest: „Wir sehen es kritisch, dass der Masterplan keine Mess-Indikatoren beinhaltet und daher die Messung der Zielerreichung nicht möglich ist.“ Das Land sollte darum ein Integrationsmonitoring – angelehnt an die 25 Integrationsindikatoren des Bundes, welche Dimensionen wie Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf oder Wohnen berücksichtigen – einführen. Dadurch lasse sich der Stand der Integration systematisch evaluieren.

Dem Missbrauch der Steuergelder durch ineffizient verteilte Fördermittel und die mangelhafte Prüfbarkeit dieser Maßnahmen erteilt die FPÖ eine deutliche Absage. „Im Integrationsbereich besteht großer Handlungsbedarf: Fehlende Strukturen, unzureichende Kontrollen und hohe Ausgaben. Das bestätigt auch der aktuelle Bericht“, hält Mahr fest und meint in Richtung des verantwortlichen Grünen Landesrates Stefan Kainerder: „Wir fordern im Integrationsbereich schon lange mehr Effizienz ein. Förderungen dürfen nicht länger nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern müssen zielgenau eingesetzt werden.“

Ing. Herwig Mahr,
Klubobmann





Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner mit den beiden Krone-Journalisten



Bewegende Rückkehr von Landesparteiboss Manfred Haimbuchner

Acht lange Tage lag Landesparteiboss, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner in Linz auf der Intensivstation. Einige Tage davon lag er wegen des schweren Verlaufs seiner Corona-Erkrankung sogar im künstlichen Koma und musste beatmet werden. Mit einem sehr persönlichen Interview in der Krone trat er nun den Weg zurück in die Öffentlichkeit an.

Wie es ihm und seiner Familie gehe, was er gefühlt habe und ob die Krankheit ihn verändert habe? Selten liest man ein Interview, das so nahe geht wie das in der Krone veröffentlichte Gespräch mit Manfred Haimbuchner. Er gibt auf die vielen persönlichen Fragen bereitwillig Auskunft, lässt damit tief in seine Persönlichkeit blicken. „Wenn man so einen Grenzgang erlebt, sieht man, was wirklich wichtig ist im Leben“ antwortet er etwa auf die Frage, ob ihn die Krankheit verändert hätte. Oder was der Gedanke an den Tod mit ihm mache: „Er macht dir bewusst, dass es sehr schnell gehen kann. Dass so etwas in Momenten passiert, in denen du nicht damit rechnet.“ Das klingt nachdenklich, doch im Video, das auf der Online-Präsenz der Krone dem Interview vorangestellt ist, sieht man aus den Augen von Manfred Haimbuchner schon wieder das altbekannte Strahlen.

Klare Worte findet Landeshauptmann-Stv. Haimbuchner auch auf die Fragen, wie er unterschiedliche Zugänge

zu Corona sehe: „Es gibt keine Toleranz mehr, es gibt nur mehr Ausgangsverbote, Strafen, Lockdown. Wer sich dazu kritisch äußert, wird in die Ecke gestellt“, macht er seine Sorge deutlich. Neben vielen tagespolitischen Fragen geht Haimbuchner auch auf das Große und Ganze ein: Es gibt Wichtiges, als die Diskussion um Masken, die im oberösterreichischen Landtag übrigens von allen FPÖ-Manda-

taren getragen werden – auch, wenn es durch alle Parteien hinweg unterschiedliche Auffassungen dazu gebe. Wann Haimbuchner wieder zurück an seinen Arbeitsplatz gehen möchte, ließ er zum Zeitpunkt des Gesprächs noch offen, aber dass er wieder zurück will, das wird aus seinen Worten ganz deutlich – und darauf freut sich seine freiheitliche Gemeinschaft in Oberösterreich!



Dr. Manfred Haimbuchner, Landeshauptmann-Stv.



Arbeitssuche: Früher vermitteln

Corona am Arbeitsmarkt: Rekordhoch an Langzeitarbeitslosen auch in Oberösterreich. Um frühzeitig den Folgen der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, soll die „Early Intervention“ verstärkt forciert werden und die freiwillige Arbeitslosenfrühermeldung besser nutzbar und bekannter gemacht werden. Dazu fordert die FPÖ den Bund zur Änderung der gesetzlichen Regelungen auf.

Konkret wird dabei das AMS bereits ab dem Ausspruch der Kündigung tätig und unterstützt frühzeitig aktiv bei der Jobsuche. Das erhöht die Chance auf eine rasche Vermittlung. FPÖ-Arbeitnehmersprecher, LAbg. Rudolf Kroiß: „Das AMS soll schon während der auslaufenden Kündigungsfrist die Betreuung beginnen können.“

Nötig seien Effektivität und Effizienz – unter Berücksichtigung des Aspektes der Nachhaltigkeit ausreichend zu berücksichtigen, betont der langjährige Arbeitnehmervertreter.

Sozialhilfe-Reform spart Steuerzahlern Millionen!

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Durch die von der FPÖ vorangetriebene Sozialhilfe-Reform ist die Zahl der Bezieher im Vorjahresvergleich um 13,1 Prozent zurückgegangen – und spart den Steuerzahlern 4,4 Millionen Euro.

Grund für diesen deutlichen Rückgang an Sozialhilfe-Beziehern ist, dass subsidiär Schutzberechtigte – also Migranten ohne Asylgrund – nun keinen Anspruch mehr auf diese Leistungen haben. „Sozialhilfe soll vorrangig den Österreichern dienen und kein bedingungsloses Grundeinkommen für Zuwanderer sein. Ausländer sind bei der Statistik seit jeher überrepräsentiert. 80 Prozent der 2016 zugewanderten Afghanen, Syrer und Tschetschenen haben bis heute keine Arbeit. Unsere Reform war somit goldrichtig“, hebt FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr die Notwendigkeit der Novellierung unter blauer Regierungsbeteiligung 2019 hervor. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung gibt es aber weiterhin alarmierende Zahlen: Unter den minderjährigen Beziehern

sind 59 Prozent keine österreichischen Staatsbürger.

■ Stärkere Kontrollen notwendig

In Tirol hat die „Task Force Sozialbetrug“ zahlreiche Fälle aufgedeckt, die in den vergangenen Jahren Schäden in Millionenhöhe erzeugt haben. Darüber hinaus ist von einer relevanten Dunkelziffer auszugehen. Für Mahr steht daher fest, dass Kontrollen sinnvoll und notwendig sind. „SPÖ-Landesrätin Birgit Gerstorfer nimmt das viel zu locker. Wir fordern einmal mehr, dass hier endlich konkrete Taten folgen“, so Mahr abschließend.



Klares Nein für Asyl-Länderkommissionen

Im März forderten SPÖ und Grüne im Landtag die Einrichtung von Asylkommissionen in den Bundesländern. Diese sollten sogar höchstgerichtliche Entscheidungen abändern können. „Das würde jedoch nicht nur den Rechtsstaat aushebeln, sondern auch einen großen Rückschritt bedeuten“, lehnt die FPÖ diese Aufweichung des Asylrechts ab.

Die Integrationsprobleme durch die ungezügelte Massenzuwanderung der letzten Jahrzehnte werde tagtäglich sichtbar. „Fakt ist: 80 Prozent der im Jahr 2016 eingewanderten Syrer, Afghanen und Tschetschenen sind immer noch arbeitslos. Mittlerweile haben nur noch 36 Prozent der Linzer Kindergartenkinder Deutsch als Muttersprache. Hier wartet noch viel Arbeit auf Integrationslandesrat

Kaineder“, so Klubobmann Ing. Herwig Mahr.



Ing. Herwig Mahr, Klubobmann



Sanierungsstaatsmeister OÖ: Super-Bilanz im Wohnungsbau

Die Wohnbauförderung und Wohnbeihilfe macht für sehr viele Oberösterreicher leistbares Wohnen möglich. Gleichzeitig sichert die Neubau- und Sanierungsförderung rund 26.000 Arbeitsplätze jährlich.

Wohnbaureferent, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ist zufrieden: „Das Wohnbaureferat hat Erstaunliches geleistet.“ Der Abteilung Wohnbauförderung standen 2020 Budgetmittel in Höhe von mehr als 280 Mio. Euro zur Verfügung, um den gesellschaftlichen und sozialpolitischen Auftrag zu ermöglichen. Oberösterreich liegt im Bundesländervergleich in der Neubau- und auch in der Sanierungsleistung an der Spitze. 2020 konnten insgesamt 7.176 Wohneinheiten gefördert saniert werden. Trotz einiger Verzögerungen durch die Corona-Pandemie konnten im Jahr 2020 rund 3.500 geförderte Wohneinheiten – Miet- und Eigentumswohnungen, Eigenheime und Heimplätze – errichtet werden. Seit dem Jahr 2011 konnten 47.047 geförderte Wohneinheiten gebaut werden. Bezieht man den privaten Markt mit ein, wurden von 2011 bis 2019 jährlich beinahe 11.000 neue Wohnungen geschaffen.

Das Dach über dem Kopf ist eines der zentralen Lebensbedürfnisse: Die Wohnbeihilfe als soziales Instrument für in Not

Geratene ist bedeutend. Während der Coronakrise verloren etliche Landsleute ihre Arbeit oder wurden in Kurzarbeit geschickt. 2020 wurden über 50 Mio. Euro an 24.572 Förderempfänger ausbezahlt. Rund 2.800 Haushalten konnte mit der extra geschaffenen COVID-19-Wohnkostenhilfe mit über 466.000 Euro bei ihren Wohnkosten kurzfristig geholfen, Einkommenseinbußen während des ersten Lockdowns halbwegs ausgeglichen werden. „Wir befinden uns in einer sehr schwierigen Situation, die sich wegen der andauernden Corona-Pandemie dieses Jahr noch weiter verschärfen wird. Es ist mir ein Herzensanliegen, dass wir jene Menschen unterstützen, die unverschuldet in die Arbeitslosigkeit schlittern. Deshalb habe ich mit Jänner 2021 die Wohnbeihilfe für Mehrpersonenhaushalte massiv erhöht“, stellt sich Haimbuchner auf die Seite all jener, die in der Vergangenheit ihre Leistung für unsere Gesellschaft erbrachten und jetzt um ihre wirtschaftliche Existenz bangen müssen.



Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.
Wohnbaulandesrat

„Deshalb habe ich mit Jänner 2021 die Wohnbeihilfe für Mehrpersonenhaushalte massiv erhöht.“

*Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.*

Haimbuchner ist es als Wohnbaureferent wichtig, Wohnen leistbar zu halten. So lag OÖ mit einer durchschnittlichen Nettomiete für Hauptmietwohnungen von 5,61 Euro pro m² im Jahr 2019 um 6 % unter dem Bundesschnitt. „Wir alle wissen, dass Wohnen keinesfalls günstig ist. In OÖ können wir die Leistbarkeit durch eine hohe Bauleistung, sinnvolle Förderkriterien und durch unsere zuverlässigen Partner in der heimischen Bauwirtschaft sicherstellen“, betont Haimbuchner. Die positiven Effekte der freiheitlich geführten Wohnbaupolitik zeigen sich auch in der heimischen Wirtschaft: Die Wohnbauförderung wirkt dabei als Konjunkturmotor. Durch den gezielten und sinnvollen Einsatz von Steuermitteln wird dafür gesorgt, dass die Wertschöpfung zum überwiegenden Teil in OÖ bleibt und jährlich tausende Arbeitsplätze gesichert werden. Das ist während der aktuell grassierenden COVID-19-Pandemie ein starkes Signal an die Bevölkerung, die Wirtschaft und ihre Leistungsträger.

MAN: „Bundeskanzler muss endlich Farbe bekennen“

Seit einem Jahr liegt das Thema MAN auf dem Tisch. Vor einem halben Jahr erklärte ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz medienwirksam das Thema „Arbeit“ zur Chefsache. Außer einem Selbstinszenierungsgipfel mit der Sozialpartnerschaft in Oberösterreich ist dabei bisher nichts Verwertbares herausgekommen. Sowohl die Landespolitik als auch die MAN-Angestellten warten auf ein klares Bekenntnis dazu, was die Bundesregierung in dieser Causa noch zu tun gedenkt.

„Wenn Bundeskanzler Kurz den MAN-Standort Steyr innerlich abgeschrieben hat, dann soll er das auch sagen. Denn dann müssen wir sofort damit beginnen, in Gespräche mit technologischen Leitbetrieben zu treten und versuchen, die hunderten hochqualifizierten Fachkräfte in der Region aufzufangen“, so FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner. Das oberste Ziel müsse es sein, für die Belegschaft eine optimale und dauerhafte Lösung zu schaffen. Jeder Ausbildungs- und Arbeitsplatz in der Region sei es wert, dafür zu kämpfen. „Das bedeutet selbstverständlich auch,

dass potentielle Anbieter das entsprechende Gehör bekommen müssen, um ein ganzheitliches Bild aller möglichen Lösungswege zu bekommen“, ist für Haimbuchner ratsam, „den Kreis von Gesprächs- und Verhandlungspartnern nicht nur auf eine einzige Person in Gestalt des Investors Siegfried Wolf zu fokussieren. Zwar hat die Belegschaft den vorgelegten Rettungsplan klar abgelehnt, es ist jedoch davon auszugehen, dass neue Angebote folgen werden.“

Eine klare Warnung aufgrund von US-Sanktionen gegen russischen Autobauer GAZ gibt es seitens des FPÖ-Lan-

desparteiobmannes: „Ein Engagement von Siegfried Wolf bei MAN könnte Probleme in der Frage der US-Sanktionen gegen den russischen Oligarchen Oleg Deripaska sowie den von ihm kontrollierten Automobilkonzern GAZ Group aufwerfen.“ Bereits in der Vergangenheit seien Deripaska und Wolf im Automobilbereich gemeinsam aufgetreten, etwa mit einem Rettungskonzept für den deutschen Autobauer Opel.



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner



Ziel ist, optimale Lösung zu schaffen.



Deutschkurse statt Dolmetscher: Integration ist eine Bringschuld!

Das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für Ausländer, die in Österreich leben wollen. Während der Druck aus vielen Gründen auf die österreichische Gesellschaft wächst, werden Migranten hofiert, wodurch Parallelgesellschaften gedeihen.

Für Menschen, die kaum Deutsch sprechen oder sprechen wollen, kommt die Initiative von Bildungsminister Faßmann wie gerufen. Seit Ostern gibt es für integrationsfaule Ausländer kostenlose und zuschaltbare Dolmetschangebote. Für virtuelle Elterngespräche via Telefon, Tablet, Handy oder Laptop in Kindergärten, Volks- und Mittelschulen können die Beteiligten neben der Gebärdensprache aus 34 Sprachen wählen. Damit im interkulturellen Dialog auch nichts schief geht, stehen bei den 17 häufigsten Sprachen Übersetzer innerhalb weniger Minuten bereit. Mit dem Gratis-Angebot will Faßmann angeblich verhindern, dass es bei heiklen Themen wie Förderung, Entwicklung oder Bildungslaufbahn wegen Sprachbarrieren oder aus kulturellen Gründen zu Missverständnissen kommt. Der Service ist vorerst bis 2022 beschränkt.

FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr reagiert mit völligem Unverständnis: „Durch dieses Angebot wird allen Migranten vermittelt: Wer nicht Deutsch lernen will, bekommt einen Dolmetscher. Dieses Hofieren von Zu-

wanderern führt sämtliche Integrationsbestrebungen ad absurdum.“ Statt der kontraproduktiven Dolmetsch-Angebote müssten verstärkt und verpflichtend Deutschkurse angeboten und genutzt werden. Der FPÖ-Klubobmann der oberösterreichischen Freiheitlichen sieht nur über die deutsche Sprache eine Chance auf Integration in Österreich.

„Hier macht man es den Zuwanderern viel zu leicht, indem man ihnen eine Alternative auf dem Silbertablett serviert, die mit keinem Integrationsaufwand verbunden ist“, kritisiert Mahr scharf. Mittlerweile haben nur noch 36 Prozent der Kinder in den Linzer Kindergärten Deutsch als Muttersprache.“

Höher qualifiziertes Personal für Kinderbetreuung

Ein Ende der strengen Regeln für den Zugang zum Berufsfeld Elementarpädagogik fordert der Landtag, um Bildungseinrichtungen auszubauen und den Betreuungsschlüssel verbessern zu können.

Wer ein einschlägiges Hochschulstudium absolviert hat, hat dazu derzeit keinen Zugang, weil die Bildungsanstalten für Elementar- bzw. Sozialpädagogik absolviert werden müssen. „Es soll möglich sein, dass mit Hochschulstudium in Kinderbetreuungseinrichtungen gearbeitet werden kann“, soll dadurch laut Familiensprecherin, LAbg. Sabine Binder der Personalmangel bei Kinderbetreuungseinrichtungen gemindert werden.



29 Prozent der Schüler haben nicht Deutsch als Muttersprache

Seit zehn Jahren erhebt der FPÖ-Landtagsklub die Daten: Mittlerweile haben in ganz Oberösterreich schon 29 Prozent aller Pflichtschüler nicht Deutsch als Muttersprache. In Linz sind es sogar schon 62, in Wels 69 Prozent. Drei von vier Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache benötigen in Oberösterreich eine zusätzliche Sprachförderung, um dem Unterricht ausreichend folgen zu können.

„Die Anzahl von Schülern nicht-deutscher Muttersprache wird von Jahr zu Jahr mehr. Vor zehn Jahren waren es noch um ein Drittel weniger, obwohl es insgesamt mehr Schüler gab“, analysiert FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr und kritisiert: „Damit gehen weitreichende Sprach- und Integrationsprobleme einher, die sich in weiterer Folge auch auf die Ausgaben im Sozialsystem auswirken. Dem muss man entgegenwirken. Doch auf Bundesebene verschläft man diese Problematik nach wie vor.“

Aus FP-Sicht sei das rasche Erlernen unserer deutschen Sprache die Grundvoraussetzung für Integration sowie für Erfolg in Schule und Beruf. Deshalb sei es dringend nötig, mit wirksamen Maßnahmen die Deutschvermittlung bereits in jungen Jahren zu intensivieren.

Deutschförderklassen erhalten und ausbauen

Die FPÖ fordert, die Deutschförderklassen zu erhalten und weiter auszubauen.

Dafür nötig seien ausreichend Ressourcen seitens des Bundes, „damit die Deutschförderklassen auch wirklich in der notwendigen Breite bestehen können.“

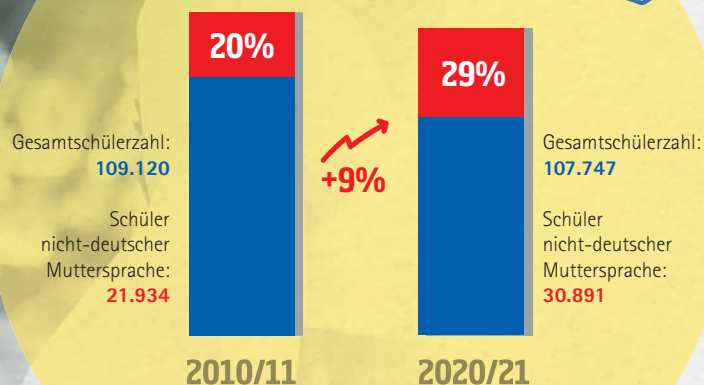
Verankerung der Schulsprache Deutsch

Zudem bleibt die FPÖ bei der langjährigen Forderung, „endlich die Schulsprache Deutsch gesetzlich zu verankern“, erinnert Mahr, dass dadurch auch außerhalb der Unterrichtszeiten am Schulgelände Deutsch gesprochen werden müsse. Diese Maßnahme wäre ein wertvoller Beitrag zur besseren Integration, Leistungsförderung und Kommunikation in unseren Bildungseinrichtungen.

Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr bei Deutschdefiziten

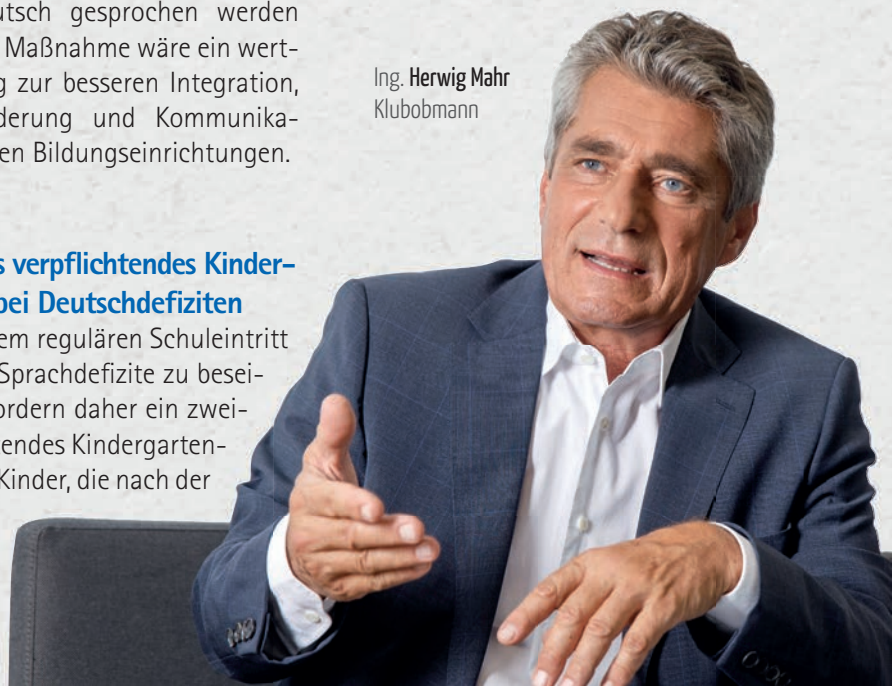
Bereits vor dem regulären Schuleintritt sei es nötig, Sprachdefizite zu beseitigen. „Wir fordern daher ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für jene Kinder, die nach der

10-Jahres-Vergleich OÖ GESAMT:



Sprachstandsfeststellung über mangelhafte Deutschkenntnisse verfügen“, so Mahr. Ziel sei dabei, dass Kindern in den zwei Jahren des verpflichtenden Kindergartenbesuchs eine umfassende Sprachförderung erhalten, in die auch die Eltern einzubeziehen sind. „Denn der Übergang vom Kindergarten in die Volksschule sowie die ersten Schuljahre sind von entscheidender Bedeutung für die weitere schulische und berufliche Entwicklung eines Kindes.“

Ing. Herwig Mahr
Klubobmann



Ausbau von Kasernen zu Sicherheitsinseln wichtiger Schritt



Landesrat Ing. Wolfgang Klinger: Blackout-Schutz: Kasernen zu Sicherheitsinseln ausbauen

Laut Bundesheer und Experten kann es in den nächsten fünf Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Blackout kommen. Auch beim Heer gibt es Aufholbedarf: 2020 fielen bei einer Bundesheer-Übung innerhalb von zwölf Stunden mehr als 80 Prozent der Notstromaggregate aus.

„Das Projekt 'Sicherheitsinseln' darf nicht zu einem PR-Projekt verkommen. Schließlich geht es um die Sicherheit unserer Heimat“, betont FPÖ-Sicherheits-Landesrat KommRat Ing. Wolfgang Klinger. Es sei wichtig, „dass die

heimischen Kasernen zu Sicherheitsinseln zum Schutz der Österreicher ausgebaut werden.“

Klubobmann Ing. Herwig Mahr mahnt ein, dass es ausreichend Sicherheitsinseln geben sollen, die ja im Katastrophenfall den Einsatzorganisationen und der Bevölkerung Unterstützung in Form von Lebensmitteln und Energie bieten sollen. „In Oberösterreich ist offenbar nur eine Sicherheitsinsel vorgesehen. Das ist für ein Bundesland mit 1,48 Millionen Einwohner viel zu wenig. Die FPÖ fordert hier daher, alle Kasernen in Oberösterreich entsprechend aufzuwerten.“

Mahr und Klinger heben hervor, dass gerade Szenarien wie ein Blackout mehr regionale Durchhaltefähigkeit erfordern. Dazu sei es unerlässlich, die heimische Sicherheitsstruktur breit aufzustellen. „Damit bleiben die Einsatzorganisationen in Krisen handlungsfähig. Davon profitiert auch die Bevölkerung.“

Online-Giganten fair besteuern

Große Digitalkonzerne wie Google, Facebook und Amazon zahlen laut EU-Kommission 9,5 Prozent an Steuern. Bei Industrie- oder Dienstleistungsbetrieben sind es im Schnitt 23,5 Prozent. Diese steuerliche Ungleichbehandlung verzerrt erheblich den Wettbewerb zu Lasten des heimischen Einzelhandels und der österreichischen Onlineanbieter.

Verstärkt wird dieses Missverhältnis durch die Corona-Krise. Daher fordert der Landtag die überfällige faire Besteuerung von Online-Konzernen und somit den Schutz des Einzelhandels in unserem Land. FPÖ-Wirtschaftssprecherin,

LABg. Evelyn Kattnigg, BA (FH): „Die Anpassung muss spürbar sein. Ziel ist eine weltweite Lösung für eine Digitalsteuer per OECD-Abkommen, die aber keinesfalls zu einer fiktiven Umsatzsteuer zu Lasten der Österreicher führen darf.“



ccnui.de/Marco Verth CC-BY 2.0



Informiert bleiben

Alle Informationen sowie Fotos und Videos zu unserer Heimat-Kampagne bekommt ihr in unserem wöchentlichen Kampagnen-Newsletter auf www.dieheimatpartei.at sowie auf den folgenden Social-Media-Kanälen.



www.fpoe-ooe.at



facebook.com/manfred.haimbuchner



t.me/manfredhaimbuchner



instagram.com/manfredhaimbuchner

